

„Staatenlenker und Staatsdiener“. Männlichkeiten im Bild des Staates

Eva Kreisky

Nachschrift verfasst von Martin Weidinger und Marion Löffler

Einige Vorannahmen

Staatenlenker und Staatsdiener sind Wortbilder für das im bürgerlichen Staat eingeschriebene *hierarchisierte Männliche*. Sie vermitteln das Maskuline des Staates sowie das männliche Profil der Spitzen der Staatsmacht, aber auch der im und durch den Staatsapparat Unterworfenen. Letzteres sollte dauerhafte Männlichkeit des Staatsapparats fixieren und in die Zukunft fortschreiben. Beide Begriffe entstammen der (Frauen exkludierenden) politischen Welt des 19. Jahrhunderts, beide haben aber im politischen Denken und in der politischen Rhetorik bis in die Gegenwart überdauert.

Primär verweist der Titel des Vortrags auf das *vordergründige*, vermeintlich *offenkundige* Geschlecht der Staaten, auf dominante, einflussreiche, als überlegen auftretende Männlichkeiten: Staatsoberhäupter, Staatsmänner, Staatsführer, Staatenlenker usw. gelten als jene allgewaltigen Männer der Macht, mit denen allein sprichwörtlich „Staat zu machen“ sei. Mit Frauen hingegen sei kaum „Staat zu machen“. Selbst im vermeintlichen Zeitalter entwickelter Demokratie ist dieses voreingenommene Bild des Staatsgeschlechts kaum noch verblasst. Auch im ökonomischen Feld sind es vornehmlich männlich imaginierte Figuren, denen die Macht zu steuern bevorzugt anvertraut wird: Wirtschaftsführer, Industrie- und Wirtschaftskapitäne, Großindustrielle, Finanzmagnaten, Investoren, Banker, Börsenmänner, Bosse usw. Wer denkt da noch an die Frauen in den Büros oder an die Reinigungsfrauen der Wall Street? Das *bestimmende* Personal im staatlichen und ökonomischen Feld ist selbstverständlich männlich.

Zugleich erinnert die Spannung im Titelbild an Staatsapparate als *sozial fragmentierte* und *streng hierarchisierte* Männerwelten – im regierungstreuen Dienst der Staatsmächtigen. Selbst diese Männerwelten sind kaum als gleichartig oder gar „egalitär“ männlich auszumachen. Es geht nicht um *eine/die* staatliche Männlichkeit schlechthin, die *einer/der* unterlegenen Weiblichkeit gegenübersteht, sondern ebenso um gespaltene, trotz aller sozialer, ethnischer oder politischer Gegensätze aufeinander wirkende, sich ergänzende und letztlich „beistehende“ Männlichkeitskonzeptionen. Das männliche Geschlecht ist es, das die regierende männliche Klasse über alle Gegensätze hinweg vereint, sie in ihrer Männlichkeit „vergemeinschaftet“ und sie mehr oder weniger einem männerbündisch-mythischen Korpsgeist verpflichtet. Das Gefühl der Zugehörigkeit lässt sogar das Leid des Unterworfenseins verschmerzen.

Metaphern in wissenschaftlichen Diskursen: Ausweitung der Lesbarkeit von Politik und Staat?

Alle Arten sprachlicher und gedanklicher Bilder sollen – im Kontext politikwissenschaftlichen Arbeitens – als Metaphern gelten. Dieses weite Verständnis riskiert Unschärfen, etwa im Verhältnis zu anderen Tropen (vgl. den Vortrag von Stefan Krammer), aber auch gegenüber Begriffen und weiteren analogisierenden Denkformen (wie Vergleich, Gleichnis, Allegorie). Hinzu kommt, dass politikwissenschaftliche Analysen meist mit verschleiern den Praktiken von

Politik und „alltagsnahen“ medialer Vermittlung zu tun haben. Vermittlung von Politik hat nicht zu informieren, sondern vor allem zu unterhalten („Politainment“).

Metaphern sind selektiv, sie heben bestimmte Merkmale heraus und vernachlässigen andere, ohne dies explizit zu machen. Positiv betrachtet vermögen Metaphern Einsichten und Erkenntnisse zu steigern, illustrierende Wirkungen zu zeigen und Emotionen zu provozieren.

Hans Blumenberg (1979) hat seine „Metaphorologie“ als „Theorie der Unbegrifflichkeit“ akzentuiert. Über verschiedene Denkverfahren, wozu eben *auch*, aber nicht nur, Verstehen und Dekonstruieren von Metaphern gehört (vgl. auch Mythen, Anekdoten usw.), suchte er die Welt „lesbar“ zu machen und sich auf diese Weise auch Substrukturen des Denkens anzunähern. Eine solche Lesart scheint mir auch für politikwissenschaftliches Arbeiten produktiv. Politische Kulturen lassen sich an der Art ihrer Metaphern in ihrem Selbstverständnis erkennen. Politische Metaphern entwerfen bestimmte Staatsmodelle, seien sie autoritär oder demokratisch, orientieren sie sich an individueller Freiheit, begünstigen sie Abwehr von Anderem, nähren sie Konfliktangst usw. Häufig rekurren sie auf den Organismus/Körper, um die Freiheit der Individuen zu begrenzen, auf die Familie, um Vertrauen in das paternalistisch sichernde Moment des Staates zu wahren, auf die Flut („Asylantenflut“, „Das Boot ist voll“), wenn es gilt, Begrenzung von Zuwanderung plausibel zu machen, und in Krisenphasen auf das schwankende Schiff, das Einheitlichkeit gegen die Gefahr des Untergangs beschwört („Wir sitzen alle in einem Boot“).

Das Abstraktum des Staates hat zu vielfältiger Bildersprache angeregt. Politische Ideengeschichte kann geradezu als Museum von Politik- und Staatsbildern ausgemacht werden. Metaphern scheinen vortrefflich geeignet, implizites Wissen zu erfassen, sich aber auch der Sprache des Alltags zu bedienen. Ferner vermögen sie die Schwere allzu abstrakter Theorien abzufedern und die Begriffswelt zu „bereichern“ (Blumenberg 1998: 11). Das „kreative Potential“ der Metapher wurzelt in ihrer *Verknüpfung* von in verschiedener Weise aufgeladenen Bedeutungen, die viele Angehörige einer Gesellschaft oder einer Kultur teilen.

Ideen zur Ausformung und Gestaltung von Politik, Wirtschaft und Staat bedienen sich seit der Antike vielfältiger Bilder des Körpers, seiner Organe und Funktionsweisen wie seiner gesunden oder kranken "Verfassung". Lediglich Geschlechtsorgane und ihre Funktionen waren in der politischen Ideengeschichte zur Metaphorisierung des Staatlichen tabuiert. Und mögliche Assoziationen zu Weiblichem wurden tunlichst vermieden. Die Körpermetapher kann also auch dazu dienen, das (in Wahrheit dominante) Geschlecht des Staates zu dethematisieren.

Metaphorische "Verkörperlichung" aktueller gesellschaftlicher Transformationen

Die sog. "Life Sciences" forcieren momentan die "Entkörperung" des Menschen, respektive die Transition des Körpers zur Maschine. Diese Tendenz wird indes von einer seltsamen Gegentendenz, der "Verkörperlichung" neoliberaler Politik- und Staatsdiskurse flankiert. Je mehr an sozialer Entfremdung generiert wird, desto mehr bedarf es der familiären Bilder des Körpers zur Vortäuschung von Vertrautheit und sozialer Identität.

Unter den Auspizien eines "neuen Kapitalismus" figuriert der "schöne", „schlanke“ oder "ideale" Körper als begehrtes "symbolisches Kapital", das beruflichen und privaten Erfolg und damit soziale Anerkennung zu garantieren (oder auch vorzuenthalten) vermag. Zur selben Zeit werden rücksichtslose Rückbauten sozialstaatlicher Regulierung vorzugsweise mit Körpermetaphern camouffiert, um die drastischen sozialen Folgen für das Gros der Bevölkerung

herunterzuspielen und nicht an einer verhängnisvollen politischen Delegitimationsspirale zu drehen.

Männlichkeiten, Männerbund und Maskulinismus

Männliche Vorherrschaft und Dominanz zu analysieren, kann sich nicht auf eine Mikro-Sicht auf individuelle Männer beschränken, sondern muss auch eine Meso- sowie eine Makro-Perspektive auf Männlichkeiten werfen. In der Betrachtung des Männlichen sind folgende analytische Ebenen zu unterscheiden:

- einzelne Männer oder Männer als soziale Gruppe,
- soziale und politische Konstrukte unterschiedlicher Männlichkeiten,
- gesellschaftliche Kreationen hegemonialer Männlichkeit,
- das Männerbündische als strukturelle Verdichtung von Männlichkeit und institutionelle Standardform von Politik, Staat, Wirtschaft und Krieg sowie
- Maskulinismus als Ideologisierung übersteigerter Männlichkeitswerte, Symbolisierung des männlich-hegemonialen Geschlechts wie als männlich zentrierte Sicht gesellschaftlicher Verhältnisse

Für „Männlichkeiten im Bild des Staates“ sind die beiden letztgenannten Dimensionen, das Männerbündische als institutionelle Standardform und herrschaftslegitimierende maskulinistische Ideologien, von analytischer Relevanz. Männerbund als *analytisches* Konzept dient dazu, die historische Sedimentierung von (hegemonialer) Männlichkeit in politischen Institutionen zu erfassen (Kreisky 1992). Das Männerbündische bezeichnet letztlich *Männlichkeit als System*, die unabhängig von konkreten Männern und Männlichkeiten in die Organisationskultur (z.B. Berufsethik, ritualisierte Arbeitsweisen, Diskriminierungs- und Ausgrenzungsspiele) politischer Institutionen eingelassen ist, und deren *Standardform* darstellt.

Maskulinismus bezeichnet jene Ideologie, die männlich-patriarchale Vorherrschaft als natürlich rechtfertigt, sie stützt und sich zudem als ziemlich veränderungsresistent erweist. Maskulinismus als *Selbstetikettierung* antifeministischer Männerbewegungen und -politiken fungiert als Gegenkonzept zu politischem Feminismus. Maskulinismus als *Fremdbezeichnung* meint hingegen ein Konzept, das genau diesen Prozess und seine Funktionsweise erfassen soll und der geschlechterkritischen Analyse gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse dient (Kreisky/Löffler 2009).

Das Charisma der Männlichkeit in Staat und Politik: Max Webers Denkbilder

Nur ein bestimmtes Segment und eine bestimmte Inszenierung von Politik werden in unseren Breiten als „Politik“ wahrgenommen und auch als solche bezeichnet. Max Webers Bestimmung von Politik als „Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung“ war theoretischer Reflex auf Veränderungen im politischen Geschehen unter Bedingungen einer schwierigen Transformation hin zu Massendemokratien. Nur die „Leitung“ oder „Beeinflussung der Leitung eines politischen Verbandes“ (Weber 1919, 3), also eines Staates, nannte Max Weber. „Politik“. Mit dieser Festlegung hat er Weichen für das staats- und institutionenzentrierte Politikverständnis des 20. Jahrhunderts gelegt. Er hat sich von einem „weiten“ Verständnis von Politik distanziert, weil das ja sogar die „Politik einer klugen Frau, die ihren Mann zu lenken trachtet“, umschließen würde (ebd.).

Spätestens seit Max Weber ist „Politik als Beruf“ vertrautes Konzept eines vor allem männlichen Lebensentwurfes des 20. Jahrhunderts. Was Weber ausgespart hat, ist die Tatsache des faktischen und sogar ideellen Ausschlusses von Frauen aus dem Beruf Politik. Für Weber war bedingungsloser Frauenausschluss kein demokratiepolitisches Problem. Weber kannte für seine Argumentation überhaupt nur drei Frauentypen, die ihm nicht wert schienen, auch politisch integriert zu werden: nämlich "die Ehefrau", "die Gemüsefrau" und "alte Weiber". Wenn Weber für den Beruf Politik erforderliche Qualitäten hervorkehrt, bedient er sich der „Weiblichkeit“ als Allegorie zur Indizierung von Unfähigkeit und Unangemessenheit.

Diskursive Paradoxien des Staatsgeschlechts

Darstellungen männlicher Staatenlenker heben sich grundlegend von jenen der (wenigen) weiblichen Staatsoberhäupter ab: Putin wird in seiner Sportlichkeit/Körperlichkeit dargestellt, Berlusconi und Sarkozy mit (vielen) Frauen an ihrer Seite. US-amerikanische Präsidenten leben ihre Trennungsmuster zwischen öffentlichen und privaten Lebenswelten auch im Bild aus, Ort des bildlichen Geschehens ist das „oval office“. Die Bildpolitik männlicher Staatsmänner ist auch als patriarchale Familien- und chauvinistische Sexualpolitik zu lesen. Was aber ist mit den Staatsfrauen? An der Spitze der Staaten wirken sie – mit wenigen Ausnahmen – vorwiegend als Ehegattinnen/Liebhaberinnen mit.

Als Frauen noch eher selten in „hoher Politik“ und politischem Weltgeschehen sichtbar wurden, traten Paradoxien des Staatsgeschlechts noch freimütiger in das Blickfeld, als dies gegenwärtig der Fall scheint. Das stieß 1889 schon Bertha von Suttner auf. Frauen als Staatenlenkerinnen waren – wenn überhaupt - *dynastischer* Herkunft. Die Uniform, das sprachliche Kleid des monarchischen Prinzips war jedoch ausdrücklich für Männer geschneidert. Kreuzte die Erbfolgeordnung das traditionelle männliche Regierungsmonopol, passten die monarchischen Kleider einfach nicht: Was dann ins Auge stach, war das *karnevaleske Moment* weiblicher Herrschaft, die im Kostüm und mit den Insignien männlicher Herrschaft auftreten musste. Diese Paradoxie des Staatsgeschlechts griff Bertha von Suttner mittels eines Sprachbildes auf, indem sie in ihrem Roman „Die Waffen nieder!“ die „säbelschwingenden Magyaren“ rufen ließ: „Es lebe Maria Theresia, unser König“.

Allmählich entwickelte sich eine politische Ästhetik der Maskulinität. Bilder von Staatsmacht und (höherem) Staatspersonal sind seit jeher männlich konnotiert, selbst wenn sie nur als *Masken* vielleicht nicht mehr ganz so zeitgerechter (nämlich militarisierter) Männlichkeit fungieren mögen, hinter denen sich an der Spitze vereinzelt sogar „eiserne“ Frauen (Golda Meir, „Maggie“ Thatcher, „Angie“ Merkel¹) und an der Arbeitsfront überhaupt mehrheitlich dienende, den männlichen Mächten zuarbeitende Frauen verbergen.

Politikerinnen haben freilich ein gravierendes „ikonographisches“ Problem, ihr Dilemma besteht vor allem darin, dass sie „ihren Mann“ stellen, zugleich aber „weiblich“ erscheinen sollen. Dies ist ein gesellschaftspolitisches und organisationsstrukturelles, aber auch ein banales Problem des Dress Codes und der Modebranche, die lange Zeit keine Lösung für diesen Inszenierungskonflikt fand. Ab den 1990er Jahren wurde dies durch Akzeptanz von Hosenanzügen für Frauen auch protokollarisch erledigt.

Im Feld der Politik müssen Frauen ihre Geschlechtszugehörigkeit möglichst unsichtbar machen, um nicht als die ‚Andere‘, ‚Fremde‘ aufzufallen, andererseits werden sie stets an ihrer

¹ Männliche Staatenlenker werden kaum mit Verkleinerungsformen ihrer Vornamen bedacht.

Geschlechterrolle gemessen (Lüneborg et al. 2009: 73). Politiker und Politikerinnen werden in und von den Medien nach körperlichen Attributen unterschiedlich kommentiert.

Modische „Fehlgriffe“ Angela Merkels etwa wurden vor Antritt ihrer Kanzlerschaft, vor allem in der Phase ihrer Kandidatur, immer wieder recht boshaft, in den Medien kommentiert. Nachdem sie aber Kanzlerin war, verebbte das mediale Interesse an ihrem Outfit. Bewusst hatte Merkel versucht ihr Geschlecht möglichst in den Hintergrund zu stellen. Sie inszenierte sich zumeist anti-modisch und nicht-weiblich. Umso erstaunlicher wirkte daher 2008 ihr Auftreten anlässlich eines staatsoffiziellen Besuches in Oslo, bei dem sie sich entlang traditioneller Geschlechtsrollenzuschreibungen in Szene setzte. Damit wich sie aber von der Kleidernorm für Frauen in politischen Spitzenpositionen ab, welche vorsieht, weibliche Attribute dezent zu betonen, aber nicht explizit auszustellen.

Ihr tief dekolliertes Abendkleid versetzte die Medien in Aufregung. Innerhalb von 36 Stunden war die Abendgarderobe der Bundeskanzlerin von Norwegen bis in die Türkei internationales Medienthema. Der Mediendiskurs um „Merkels Dekollté“ ist also Teil jener „Geschlechterpolitik“, wie sie mit Politikerinnen immer wieder betrieben wird. Kaum legt die Kanzlerin Angela Merkel den schützenden Hosenanzug ab und variiert ihr ansonsten nüchtern-dezentes Auftreten, greifen wieder die bekannten Muster der Sexualisierung und Trivialisierung (ebd.: 99).

Literatur:

Blumenberg, Hans 1979: Die Lesbarkeit der Welt, Frankfurt/M.

Kreisky, Eva 1992: Der Staat als „Männerbund“. Der Versuch einer feministischen Staatssicht, in: Biester, Elke/Geißel, Brigitte/Lang, Sabine/Schäfter, Petra/Young, Brigitte (Hg.): Staat aus feministischer Sicht, Berlin, 53-62.

Kreisky, Eva/ Löffler, Marion 2009: Maskulinismus und Staat: Beharrung und Veränderung, in: Ludwig, Gundula/ Sauer, Birgit/ Wöhl, Stefanie (Hg.): Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie, Baden-Baden.

Weber, Max 1919: Politik als Beruf, verfügbar unter:
http://de.wikisource.org/wiki/Politik_als_Beruf

Lüneborg, Margreth/ Röser, Jutta/ Maier, Tanja/Müller, Kathrin/ Grittmann, Elke 2009: „Merkels Dekollete“ als Mediendiskurs. Eine Bild- Text-, und Rezeptionsanalyse zur Vergeschlechtlichung einer Kanzlerin, in: Lüneborg, Margret (Hg.): Politik auf dem Boulevard?: Die Neuordnung der Geschlechter in der Politik, Bielefeld,